

Beglaubigter Auszug aus dem  
Gemeinderats-Sitzungsprotokoll

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion

Eing.: 21. Juni 2017

Ltg.- 1633/E-1/31

.....-Ausschuss  
u

## SITZUNGSPROTOKOLL

### DES GEMEINDERATES DER STADT GROSS-SIEGHARTS

20. Juni 2017

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21.04 Uhr

Die Einladung erfolgte am 14. Juni 2017 per Mail.  
Die Tagesordnung wurde am 14.06.2017 an der Amtstafel angeschlagen.

Anwesend waren:

Bürgermeister Gerald MATZINGER  
Vizebürgermeister Roman ZIBUSCH  
Stadtrat Ulrich ACHLEITNER  
Stadtrat Michael LITSCHAUER  
Stadtrat Christian SANGLHUBER  
Stadtrat Michael SCHELM

Gemeinderat:

Johann BÖHM Mag., Jasmin BOCK, Josef BUXBAUM, Rudolf FRIEDRICH,  
Hannes HALWACHS, Otto KLANER Ing., Roman NEUBAUER, Ulrike PANY,  
Andreas PESCHEL, Birgit RESL, Sabine ÜBLER, Markus WINTER DI

Entschuldigt:

GR Markus HÜBSCH, GR Peter NEISZL

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Jochen STRNAD

Die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

Vorsitzender:

Bürgermeister Gerald MATZINGER

### Tagesordnung:

1. *Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der Sitzung vom 19. April 2017*
2. *Bericht Sanierungskontrolle*
3. *Benutzung von Gemeindestraßen (eingeschränkte Zulassung)*
4. *Widmung und Entwidmung öffentliches Gut - Kundmachung*
5. *Verkauf Grundstück Würstelstand – Fabrikenstraße*
6. *Übernahme Abflussgraben Regenwasserkanalisation Ellends*
7. *Kindergartenkinderbeförderung Anpassung Elternbeitrag*
8. *Auftragsvergaben Abwasserbeseitigungsanlage Bauabschnitt 08 – Kläranlage*
9. *Verfügbarkeitsvertrag Bauland-Agrargebiet-Aufschließungszone KG Sieghartsles*
10. *Tagesbetreuungseinrichtung*
11. *Ansuchen Grundstücksankauf Teilfläche Parz. 4/6 KG Groß-Siegharts*
12. *Positionierung der Neuen NÖ Mittelschule Groß-Siegharts ab dem Schuljahr 2018/19*
13. *Förderung der Inklusion bei gleichzeitigem Erhalt der Sonderschulen*
14. *Personalangelegenheiten (nicht öffentlich)*
15. *Abgabenrückstände (nicht öffentlich)*

\* \* \* \*

Vor Eingang in die Tagesordnung wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.  
Entschuldigt sind die GR Hübsch und Neißl. Der GR Kopecek hat sein Mandat zurückgelegt.  
Die Tagesordnung wurde mit der Einladung zur Sitzung übermittelt.

### **15. Dringlichkeitsantrag - Klares NEIN zu Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe**

Seitens der FPÖ Gemeinderatsfraktion wurde vor der Sitzung ein Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der Gemeindeordnung, um Aufnahme des Punktes, Resolution - Klares NEIN zu Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe, in die Tagesordnung eingebracht. Der Antrag (Beilage A) wurde bereits vor Sitzungsbeginn von GR Halwachs vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Der Bürgermeister lässt über den Antrag wie folgt abstimmen.

(Zuständigkeit: Gemeinderat)

Antrag der FPÖ Gemeinderäte: Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Groß-Siegharts spricht sich im Sinne der Antragsbegründung entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe aus.

Der NÖ Landtag, die NÖ Landesregierung, der Nationalrat und die Bundesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe einzutreten und alle rechtlichen Schritte zu setzen um sicherzustellen, dass dieses auch verhindert wird.

Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen

Die Übereinstimmung des Auszuges mit dem Original wird bestätigt.

Der Bürgermeister:  
im Auftrag:



Freiheitliche GR-Fraktion Groß Siegharts



An den Gemeinderat  
der Stadtgemeinde Groß Siegharts  
z.Hd. Bürgermeister Gerald Matzinger

Groß Siegharts, am 20.06.2017

## Dringlichkeitsantrag

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung

betreffend: **Klares NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe**

Die FPÖ Gemeinderatsfraktion Groß Siegharts stellt den Antrag um Ergänzung der Tagesordnung betreffend Resolution „**Klares NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe**“ an den NÖ Landtag, die NÖ Landesregierung, den Nationalrat und die Bundesregierung.

Seit Jahren droht an der Grenzregion zum Waldviertel ein Atommüllendlager zu entstehen. Nun werden die Ausbaupläne immer konkreter und spätestens im Jahr 2018 will die tschechische Regierung entscheiden, an welchem Standort die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus ihren Atomkraftwerken endgelagert werden. In der engeren Auswahl befinden sich zahlreiche Orte nahe der österreichischen Grenze. Als potenzieller Standort wird vermehrt das südböhmische Cihadlo bei Lodherov (Riegerschlag) genannt. Cihadlo ist lediglich 25 Kilometer von der Grenze zu Niederösterreich entfernt und würde als Atommüllendlager ein enormes Gefahrenpotenzial, allen voran für die Niederösterreicher und die „Grenzbevölkerung“, darstellen.

Tatsache ist, dass bis dato noch immer kein sicheres Endlagersystem entwickelt wurde und Niederösterreich ohnehin mitten in der Gefahrenzone der überalterten, störanfälligen Atommeiler Tschechiens und der Slowakei liegt. Mit Stichtag Ende 2017 sind neun der 14 in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Temelin, Dukovany,

Bohunice, Mochovce und Paks 30 Jahre und länger in Betrieb. Alleine in Temelin gab es in den letzten Jahren über 130 (!) bekannte Störfälle. Die Folgen eines atomaren Unfalls in einem der Ost-AKW wären katastrophal. Ebenso gefährlich und bedrohlich ist die von Tschechien angepeilte, grenznahe Atommüllendlagerung. Im Interesse einer sicheren Zukunft unseres Bundeslandes sowie der Gesundheit der Niederösterreicher und nachfolgender Generationen muss die grenznahe Atommüllendlagerung mit allen Mitteln verhindert werden.

Begründung der Dringlichkeit: Nachdem sich jetzt die Anzeichen verdichtet haben, dass tatsächlich der grenznahe Standort in Cihadlo bei Lodherov (Riegersschlag) favorisiert wird, muss dieser Entwicklung so rasch wie möglich mit allen legitimen und insbesondere mit rechtlichen Möglichkeiten entschieden entgegengetreten werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher folgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

- „1. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Groß Siegharts spricht sich im Sinne der Antragsbegründung entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe aus.
2. Der NÖ Landtag, die NÖ Landesregierung, der Nationalrat und die Bundesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe einzutreten und alle rechtlichen Schritte zu setzen um sicherzustellen das dieses auch verhindert wird..“

GR Hannes Halwachs

